# VAdM-Kurier

18. Ausgabe: Januar 2021
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e.V.

*Herzlich willkommen zur 18. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im Januar 2021*

**Inhalt:**


| | |
|---|---|
| Editorial | Seite 1 |
| Kultur ist schön, aber nicht alles | Seite 2 |
| Illegale Einwanderung verdoppelt sich, trotz Corona | Seite 2 |
| Die Geschichtsvergessenheit in der Berliner Republik | Seite 3 |
| Wege aus der Migrationskrise | Seite 4 |
| Migration ist kein Menschenrecht (Teil 2) | Seite 4 |
| Die Weltwirtschaftskrise in den Donauländern (Teil 7) | Seite 5 |
| Jüdische Spuren im ehemaligen Sudetenland (Buchbesprechung) | Seite 5 |
| Paul Celan zum 100. Geburtstag | Seite 6 |
| Die Wolgadeutschen 1920 (Teil 9) | Seite 6 |
| Polnische Anerkennung für altostdeutsches Kunsthandwerk | Seite 7 |
| Sprechen wir über Preußen - der Evangelischen Kirchenbauverein | Seite 8 |
| Verschiedenes/Hoh(l)spiegel/Impressum | Seite 10 |


**editorial**

Wie aus den letzten Debatten im Deutschen Bundestag zu hören war, wollten die regierenden Parteien *die* Corona-Krise aus den dieses Jahr anstehenden Wahlkämpfen als Themen heraushalten: Eine offene Debattenkultur und Demokratieverständnis sieht anders aus.

Die Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler, insbesondere eine Novellierung des Fremdrentengesetzes, dessen Unzulänglichkeiten erst kürzlich bezüglich der Anwendung auf DDR-Umsiedler vor der Wiedervereinigung offensichtlich wurden, werden von den etablierten Parteien seit Jahren, ja, seit Jahrzehnten einfach ignoriert: Den hiervon Betroffenen läuft einfach altersbedingt die Zeit davon.

*Der VAdM-Vorstand wünscht Ihnen und Ihren Familien ein erfolgreiches, gesundes und friedvolles Neujahr 2021.*

*Vadim Derksen* *Herbert Karl*

**Otto von Bismarck:**
„Die Möglichkeit einer europäischen Intervention [insbesondere Rußlands 1870] war für mich eine Ursache der Beunruhigung und der Ungeduld angesichts der Stagnation der Belagerung. Kriegerische Wechselfälle sind in Situationen, wie die unsrige vor Paris war, bei der besten Leitung . . . sie können durch Zufälligkeiten aller Art herbeigeführt werden, und für solche bot unsre Stellung zwischen der numerisch reichlich starken belagerten Armee und den nach Zahl und Örtlichkeit schwer zu kontrollierenden Streitkräften der Provinzen ein reiches Feld, auch wenn unsere Truppen vor Paris, im Westen, Norden und Osten Frankreichs vor Seuchen bewahrt blieben.“
*(Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart; Berlin 1919, S. 421)*

## Aktualität

**Kultur ist schön, aber nicht alles**
von Gernot Facius

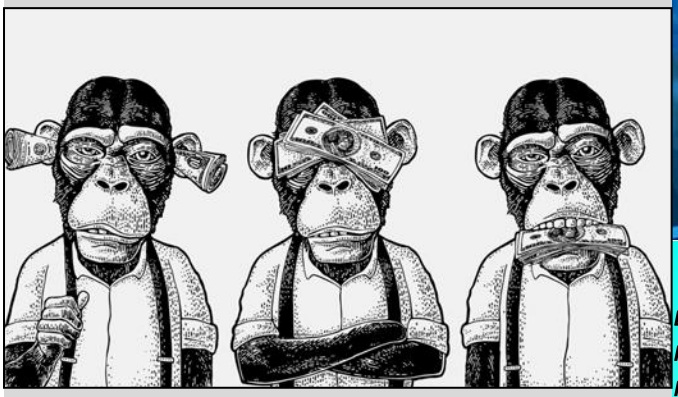
Willkommen im Jahr 2021, einem hochpolitischen Jahr! Was wird es der sudetendeutschen Volksgruppe bringen? In der Tschechischen Republik stehen Abgeordnetenhaus Wahlen an, Deutschland wählt einen neuen Bundestag. An der Moldau wie an der Spree spricht vieles für Veränderung. Die alten Koalitionen wanken. Sie müssen womöglich neuen Formationen Platz machen. Wie stabil werden diese sein? Und welche Impulse für eine Politik, die auch die Rechte der Sudetendeutschen wahrt, sind zu erwarten? Die vergangenen Jahre waren in dieser Frage mehr von Stillstand als von konstruktiven Initiativen geprägt. Auch neue politische Konstellationen werden dieses Problem nicht sofort auf dem Schirm haben, da müssen die Betroffenen schon kräftig nachhelfen. Im Corona-Jahr 2020, das mit dem Gedenken an das Kriegsende vor einem Dreivierteljahrhundert zusammenfiel, war die Erinnerung an die Vertreibung meist nur ein Thema für die Heimatblätter, sieht man von der jeweils zu vorgerückter Stunde kürzlich ausgestrahlten TV-Dokumentation „Vertreibung Odsun – Das Sudetenland“ („Sudetenpost“ 12/2020) ab. Hinweise auf politische Initiativen, den vertrackten böhmischen Knoten endlich zu lösen, vor allem auf rechtliche und gerechte Weise, fanden sich so gut wie keine. Beschäftigung überwiegend mit der Kultur, „die an das erinnert, was früher war“, wie sich der ehemalige deutsche Prag-Botschafter Dr. Axel Hartmann vor dem Arbeitskreis Sudetendeutscher Akademiker ausdrückte, kann auf Dauer die Wunden, die die Vertreibung geschlagen hat, nicht schließen. Da muss die Politik schon nachlegen, auf Heilung bestehen. Sie darf das Thema nicht allein den Historikern überlassen, die vielleicht irgendwann, in ferner Zeit, ein politisch korrektes Buch über die Tragödie in der Mitte Europas vorlegen werden. Das wäre eine Flucht aus der Verantwortung, eine Missachtung der Gefühle der Menschen, die bis heute unter den Folgen der Vertreibung leiden. Es ist richtig: Seit 2003 sinkt in Tschechien der Anteil jener, die der Überzeugung sind, die gewaltsame Trennung von den deutschen Mitbürgern sei gerecht gewesen. Sie habe auch den Tschechen geschadet, ist vermehrt zu hören. Dazu trugen Prager Journalisten und Literaten bei, die dieses traurige Kapitel aus der Verdrängung geholt haben. Damit ist allerdings noch nicht die Frage beantwortet: Was bedeutet das konkret für das Regierungshandeln in Prag? Dort verschanzt man sich in den alten Gräben. Leider. Und es stehen, wie erwähnt, nationale Wahlen bevor. So geht man auch ins neue Jahr nur mit einer geringen Hoffnung auf einen unvoreingenommenen Dialog.

*(Dieser Beitrag erschien in der ersten Ausgabe der* **Sudetenpost** *2021, S. 1, unter* ***Klartext****)*

***Presseauszug: „Unser Mitteleuropa“***

„Illegale Einwanderung in Europa verdoppelt sich trotz der Covid-19-Krise, verlegenes Schweigen der Medien

16. 01. 2021



Die Zahlen über die Anzahl der Migranten, die im Jahr 2020 illegal in Europa ankommen, sind nun bekannt. Sie zeigen, dass trotz der Coronavirus-Pandemie, trotz der Beschränkungen und Ausgangssperren, die der europäischen Bevölkerung auferlegt wurden, trotz der Wirtschaftskrise, die ihren Tribut zu fordern beginnt, illegale Einwanderer weiterhin in großer Zahl und in völliger Freiheit nach Europa kommen. Die Mainstream-Medien übertreffen einander bei Umschreibungen und anderen Euphemismen, um die Doppelmoral, die den Menschen in Europa auferlegt wird, zu umgehen: auf der einen Seite strenge Maßnahmen, die die Freizügigkeit der Europäer einschränken, auf der anderen Seite ein One-Way-Ticket nach Europa für viele Nicht-Europäer. . .“

*Lesen Sie weiter unter:*
Illegale Einwanderung in Europa verdoppelt sich trotz der Covid-19-Krise, verlegenes Schweigen der Medien | UNSER MITTELEUROPA (unser-mitteleuropa.com)

***Ein Lockdown, der in Bayern nichts bewirkt hat, Impfzentren, die ohne Impfstoff sind: das ist die Politik Söders. Ab 10. Minute im Interview im Podcast "7 Tage Deutschland":***

7 Tage Deutschland - der AfD-Wochenendpodcast vom 15.01.2021

7 Tage Deutschland – der Wochenendpodcast vom 15. Januar 2021 – Ausgabe 2/2021.

https://youtu.be/FNjVSl_4-Sg
Mitreden über WhatsApp: https://wa.me/493043970765
***Die Themen:***

Durfte Twitter das Konto des US-Präsidenten Donald Trump sperren? Lassen wir es zu, dass die großen Tech-Konzerne weltweit die Meinungsfreiheit einschränken? Joana Cotar, die digitalpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion meint: In Deutschland sollten Gerichte Recht sprechen und nicht US-Konzerne.

**Die Reichgründung: 150 Jahre danach:**
**Die Geschichtsvergessenheit in der Berliner Republik**

Ist das seit 30 Jahre wiedervereinigte Deutschland geschichtsvergessen oder geschichtsmüde?
Auf den ersten Blick haben drei historische Meilensteine: 1517, 1848 und 1949 nicht viel gemeinsam. 2017 erlebte Luthers Thesenanschlag sein 500-jähriges Jubiläum; 1998 jährte sich zum 150. Mal die Wahl zu einem gesamtdeutschen Parlament der Paulskirche zu Frankfurt und vor zwei Jahren erlebte das Grundgesetz sein 70-jähriges Bestehen. Allen diesen Gedenkjahren war gemeinsam, daß ihnen eine wahre *mediale* Überflutung vorauseilte und von Seiten der Exekutive keine Mühen und Kosten gescheut wurden, das entsprechende Ereignis mehr oder weniger würdevoll zu ‚feiern.'
Nach dem Abbau der Festzelte der Gedenktage gerieten alle drei in Windeseile in Vergessenheit: Ganz offensichtlich ist dies mit den Thesen des Reformators: Heute ist Luther in der medialen Landschaft nur noch eine Randerscheinung und an die Forderungen der Paulskirche: Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit wird man als Exekutive nur noch ungern erinnert.
An einen wahren Meilenstein der deutschen Geschichte: die Bismarck'sche Reichgründung am
***18. Januar 1871***
wird derzeit überhaupt nicht erinnert: Sind wir geschichtsvergessen oder jubiläumsmüde geworden? Oder steckt dahinter auch politisches Tageskalkül?
Im „Kurier" soll in den nächsten Ausgaben zumindest *punktuell* an die Reichsgründung vor genau 150 Jahren erinnert werden; dafür soll auch auf das erwähnte Revolutionsjahr 1848 zurückgegriffen werden. Damals erklang der Schlachtruf: „Noch ist Polen nicht verloren" deutschlandweit: Die schwierige Situation in Posen im Revolutionsjahr 1848 wird im nächsten Kurier thematisiert.

**Das Revolutionsjahr 1848**

In Deutschland gärte es bereits vor dem Ausbruch der 1848-er Revolution in Paris: Die so genannten *Radikalen* trafen sich in Offenburg und forderten die Abschaffung der staatlichen Autoritäten, u. a. der Armee und des Beamtenstandes (12. September 1847). Die süddeutschen *Liberalen*, viele von ihnen sollten sich in der Paulskirche wieder einfinden, trafen sich im Oktober 1847 in Heppenheim. Sie erwarteten von dem Bundestag, dem lockeren Repräsentativorgan der deutschen Staaten nach dem Wiener Kongreß, „nichts Ersprießliches," denn dieser Bund enthalte auch

> *„Glieder, die zugleich auswärtige Mächte seien, wie Dänemark und die Niederlande, und die sich nie mit einer Stärkung deutscher Macht befreunden könnten, dann Glieder, die nicht ausschließlich deutsche Mächte [Österreich und Preußen] seien, während wiederum rein deutsche, »urdeutsche« Gebiete wie Ostpreußen nicht zum Bunde gehörten" (Michael Freund: Deutsche Geschichte: Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1979, S. 567).*

Geplant wurde, den Zollverein in einen „Deutschen Verein" umzuformen und diesem ein *Parlament* zur Seite zu stellen. Der Abgeordnete Bassermann stellte am 12. Februar 1848 – die Pariser Revolution stürzte den Bürgerkönig erst am 23. Februar – in der Badischen Kammer den Antrag, ein *allgemeines deutsches* Parlament neben dem Bundestag ins Leben zu rufen. Zwei Wochen später forderte Heinrich von Gagern in der Hessischen Kammer in einem Resolutionsantrag ein vorläufiges *Bundeshaupt mit einem verantwortlichen Kabinett*.

*(der oben abgebildete **Bismarckturm** steht über den pfälzer Orten Kallstadt und Bad Dürkheim/eigene Privatsammlung)*

*(Fortsetzung folgt)*

*Herbert Karl*

**Wege aus der Migrationskrise**
Dr. Rainer Rothfuß
*Leseprobe*

**„Nicht-Einmischung, Stabilisierung, Wiederaufbau und Entwicklung der Herkunftsländer als Schlüssel für ein exterritoriales Schutz- und Entwicklungskonzept**

Die Umsetzung eines tragfähigen Konzepts der Asyl- und Migrationspolitik nach dem Näheprinzip setzt voraus, dass auch die Verantwortung des Westens für politische und wirtschaftliche Destabilisierungsprozesse in den Herkunfts- und Transitregionen kritisch überprüft wird. Diverse Formen der Fremdeinmischung und Destabilisierung sind in einigen zentralen Herkunfts- und Transitländern als Hauptursache der verschärften Flüchtlingskrise der vergangenen Jahre auszumachen. Soweit es im Einflussbereich und in der Verantwortung der westlichen Zielländer von Flucht und Migration liegt, muss das Leiden der Menschen in ihren Heimatländern beendet und der Wiederaufbau derselben sowie eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung gefördert werden. Mit einer vielfachen Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes gegenüber den in Deutschland und Europa aufzuwendenden Flüchtlingskosten kann den bedürftigsten und verwundbarsten Zielgruppen ohne Zugang zur kostenintensiven (illegalen) Migrationsoption (vgl. Global Migration Group 2010, S. 94) vor Ort deutlich umfassender und nachhaltiger geholfen werden. Selbst Entwicklungshilfeminister Gerd Müller bestätigt: »Für eine Million Flüchtlinge geben Bund, Länder und Gemeinden 30 Milliarden Euro im Jahr aus. Das Geld wäre in den Herkunftsländern besser angelegt« (Neue Zürcher Zeitung, 15.09.2017) (S. 159) . . .
Besondere Aufmerksamkeit bedarf zudem die kritische Überprüfung des außen- und handelspolitischen Instruments der Wirtschaftssanktionen, das wegen der Alleinzuständigkeit in Fragen des Außenhandels im Kompetenzbereich der EU liegt. Die Bundesregierung hat in ihrem Programm für die deutschen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 angekündigt, die »Kapazitäten« der EU »zur Verfügung und Umsetzung von Sanktionen zu erweitern« (German-Foreign-Policey.com, 16.07.2020). Wirtschaftssanktionen, oft unter dem Deckmantel der »Menschenrechte«, zielen als außenpolitisches Machtinstrument erfahrungsgemäß überwiegend auf den Sturz unliebsamer Regierungen (vgl. ebd.), wirken aber faktisch vor allem zulasten der ärmsten Bevölkerungsschichten der betroffenen Staaten“ (S. 160).

**Berlin, 24. September 2019:**
**Migration ist kein Menschenrecht**
Teil 2
Seit Jahrtausenden bewegt sich der Mensch vom Süden nach Norden, vom Norden nach Süden, vom Osten nach Westen usw. Aus dem alten Nomadentum folgten Besiedelung von leeren Gebieten, Rodung der Wälder und Sesshaftmachung. Egal, ob wir Migration als Faktum, historischer Prozess oder gesellschaftliches Phänomen betrachten – immer bringt die Migration vielerlei Konsequenzen mit sich, und zwar nicht nur für die Migranten selbst, sondern vor allem auch für die sesshafte Gesellschaften, die sie aufnehmen.

Im Sinne der lokalen, regionalen und internationalen Frieden, muss die Migration in geregelte Bahnen gelenkt werden. Es gehört zur Ontologie jedes Staates, seine eigene Migrationspolitik zu definieren. „One size does not fit all”. Eine „globale” Antwort zur Migration kann sich als kontraproduktiv erweisen, denn sie ist unvereinbar mit der Souveränität der Staaten. Sie kommt unweigerlich in Konflikt mit anderen Werten und anerkannten Menschenrechten, wie z. B. dem Recht auf Selbstbestimmung der Völker, Schutz der Identität, Kultur, Religion, Sprache, dem Recht auf die Heimat, sowie auch wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien.

Während manche Politiker und Journalisten Migration als Menschenrecht erklären möchten, wird diese Meinung durch das heutige Völkerrecht nicht getragen, und man muss die Korrumpierung des Völkerrechts als politische Machenschaft und als „Fake Law” ablehnen. Im Namen der UNO Charta, in Hinblick auf die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen: den **Frieden zu fördern** und potentielle Konflikte zu vermeiden, muss die Migration kontrolliert werden.

*Auszug aus der Rede von Prof. Dr. Alfred de Zayas, Geneva School of Diplomacy, ehemaliger UNO Sonderberichterstatter für die Förderung einer demokratischer und gerechten Weltordnung (2012 – 2018) vor dem Arbeitskreis Menschenrechte der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 24. September 2019.*
*Die ganze Rede bringen wir im Rückblick 2019-2020*

*Herbert Karl*

***Angesichts der sich aktuell verschärfenden Weltwirtschaftskrise wollen wir einen Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise (WWK) 1929 im Osten Europas werfen.***

***Die Redaktion***

**Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern**
Teil 7

Die französische Innenpolitik beschleunigte alles nur noch: Das Zwischenkabinett Laval stürzte in Frankreich am 16. Februar; am gleichen Tag bestellte der österreichische Kanzler Buresch die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens *gemeinsam* ein und eröffnete ihnen, daß Österreich kurz vor dem *völligen* wirtschaftlichen Zusammenbruch stünde; in der mitgegebenen Note, eigentlich „ein dringender Appell", sprach der Kanzler vom Ziel einer wirtschaftliche Annäherung an die Länder, die hierzu bereit wären. Allgemein war von einer Notwendigkeit Österreichs die Rede, die Sphäre seiner „wirtschaftlichen Aktivitäten" auszudehnen (Bariéty, in: Becker, S. 375.); dem französischen Gesandten wurde, abseits der anderen Repräsentanten, erläutert, wie dringend die Hilfe sei, möglicherweise könne man die Gehälter der Beamten im nächsten Monat nicht mehr ausbezahlen.

Die Reaktion des Quai d'Orsay, hier des amtierenden Generalsekretär Berthelot, war, daß man dem Leiter der französischen Vertretung in Genf, Massigli, anwies, Beneš, der gerade auch hier weilte, um Rat und Tat bat; man schlug die sofortige Eröffnung von österreichisch-ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen, zwecks Realisierung einer *wirtschaftlichen Entente*, vor. Am nächsten Tag antwortete Beneš, man lehne eine, die Kleine Entente lockernde Annäherung an Österreich und Ungarn ab, sehe aber die Notwendigkeit einer Hilfe ein, denn es wäre nicht ausgeschlossen, daß England, nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion, erklären könnte, in der gegebenen Situation bliebe nichts als die Alternative eines österreichischen 'Anschlusses' an Deutschland übrig.

Nach der Übernahme nicht nur des Postens des Ministerpräsidenten, sondern auch desjenigen des Außenministers – 20. Februar 1932 – fand Tardieu „das Dossier der verwickelten *Donauangelegenheiten* vor, die ihm in all den Jahren nicht fremd gewesen war", vor. Wenn man die Akten einsieht, könnte es durchaus scheinen, daß die zuständigen Stellen des französischen Außenministeriums – ob zu Recht oder Unrecht, sei dahingestellt –, „den Schlüssel des Problems in Prag und in den Händen von Beneš vermeinten" (Bariéty, in: Becker, S. 376.). Um die Tschechoslowakei, die sich ihrerseits mit dem österreichischen Bankrott offensichtlich abgefunden hatte, bei der Stange zu halten, wurde mit dieser über einen 200 Millionen Frank-Kredit wohlwollend verhandelt; Tardieu telegraphierte dem tschechoslowakischen Außenminister, daß die Angelegenheit bis spätestens zum 15. März erledigt sei. So selbstlos war dieses Entgegenkommen nun auch nicht: Tardieu hoffte damit die Mitwirkung der Tschechen bei seinem Donauprojekt – dem nachmaligen Tardieu-Plan – zu erwirken; diese schienen sich – wie wir bereits gesehen haben – hingegen mit dem österreichischen Staatsbankrott abgefunden zu haben: Man trat auf der Stelle (Bariéty, in: Becker, S. 277.).
*(Fortsetzung folgt)*

*Herbert Karl*

*Buchbesprechung*

**Heller, Wilfried (Hrsg.): Jüdische Spuren im ehemaligen Sudetenland.**
Mit Beiträgen von Stanislav Děd, Eva Doležalová, Wolf-Dieter Hamperl, Wilfried Heller, Tomáš Kraus, Werner Pöllmann, Sebastian Schott und Blanka Soukupová.

***Zum Inhalt:***
Rund 120.000 Juden lebten in den 1920er Jahren in Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien, also im Gebiet der heutigen Tschechischen Republik. Die weitaus meisten waren deutschsprachig und etwa 25.000 von ihnen lebten im deutsch besiedelten Grenzland, das seit etwa dem Jahr 1900 immer öfter „Sudetenland" genannt wurde.

Genau wie anderswo in der Habsburgermonarchie und in anderen Ländern Europas haben diese Menschen mit Intelligenz und Kreativität, Geschick und Fleiß enorm viel zu den kulturellen und wirtschaftlichen Erfolgen ihrer Heimat beigetragen. Seit der rechtlichen Gleichstellung des 19. Jahrhunderts waren sie ein allgemein respektierter und gleichberechtigter Teil der Bevölkerung Böhmens und Mährens, im deutsch-tschechischen Nationalitätenstreit des 19. Jahrhunderts standen sie mit großer Mehrheit auf der deutschen Seite. Der Zerfall Österreich-Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg brachte das erste Zerwürfnis zwischen Deutschen und Juden im Sudetenland, wobei viele Juden sich noch lange nach 1918 als Deutsche verstanden und auch als solche akzeptiert worden sind.

Erst der Aufstieg des Nationalsozialismus brachte den endgültigen Bruch und dann die Katastrophe für die jüdische Bevölkerung der böhmischen Länder. Fast zwei Drittel wurden im Holocaust ermordet. Die Überlebenden stießen 1945 auf eine Tschechoslowakei, deren Regierung sich verbal pro-jüdisch gab und 1948 den neugegründeten Staat Israel sogar militärisch unterstützte. Im eigenen Land sah es anders aus. Die tschechoslowakischen Behörden verschleppten die Rückgabe des vor 1945 „arisierten" Eigentums und verweigerten sie ab 1948 ganz. Den Überlebenden wurde bedeutet, dass sie in ihrer Heimat keine Zukunft hätten, die meisten zogen die Konsequenz und emigrierten. Nur noch etwa 3.000 Juden wurden 1980 im Gebiet der heutigen Tschechischen Republik gezählt, ihr materielles und immaterielles Erbe war in der sozialistischen Tschechoslowakei dem Verfall und dem Vergessen preisgegeben.

Dieses Buch geht den jüdischen Spuren im ehemaligen Sudetenland nach, den Friedhöfen und Synagogen, einstigen Privathäusern, aber auch den nichtmateriellen Hinterlassenschaften. Die acht tschechischen, deutschen und jüdischen Autoren beschreiben für ausgewählte Städte und Bezirke, was nach der Barbarei der Nazizeit und der anschließenden jahrzehntelangen Vernachlässigung übrig geblieben ist von einer Gemeinschaft, die zu den Erfolgen ihrer Heimat einen Beitrag geleistet hat, der ihre zahlenmäßige Größe bei weitem überstieg. Das Beispiel einzelner Persönlichkeiten und Familien macht eine dramatische Geschichte anschaulich und greifbar.
Kartoniert, 157 Seiten mit 43 Abbildungen, davon sieben Landkarten und Stadtpläne, 21 x 14,7 cm, 220 gr, in deutscher Sprache.
2018, Verlag Inspiration Un Limited; ISBN 978-3-945127-254; Neu: ***13,90 EUR.***

*H.T.*

## Erinnern

**Paul Celan zum 100. Geburtstag**
von Dieter Michelbach M. A.

Am 23. November 2020 wäre Paul Celan 100 Jahre alt geworden. Celan zählt rückblickend zu den bedeutendsten Autoren und Lyrikern seiner Zeit, der trotz seiner biographischen Erlebnisse als Jude nach dem Holocaust, der Deutschen Sprache verbunden bleibt wie auch Manès Sperber und Elias Canetti, der 1944 notierte:

> *"Die Sprache meines Geistes wird die deutsche bleiben, und zwar weil ich Jude bin. [....]" (Elias Canetti: Masse und Macht. Düsseldorf 1960. Wiedergelesen von Eberhard Fromm. Berliner LeseZeichen, Ausgabe 03/01/online unter: https://berlingeschichte.de/lesezei/ blz01_03/text03.htm (abgerufen am 23.11.2020).*

"Todesfuge" – in zahlreichen Anthologien und Schulbüchern abgedruckt - zählt zu „dem berühmtesten Gedicht der klassischen Moderne“ (Winfried Freund) und wird als "das Jahrhundertgedicht“ (Celan-Biograf Wolfgang Emmerich) bezeichnet. Wegen der Erinnerung an die Holocaust-Opfer erhielt es internationalen Rang. "Tangoul mortii" (Todestango) gilt als Celans erste Veröffentlichung, die Übersetzung des Gedichts "Todesfuge" in die rumänische Sprache erfolgte durch seinen Freund Petre Solomon und erschien am 2.5.1947, in der Zeitschrift Contemporanul.
Geboren im seinerzeit Nordrumänischen Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, erlebt Celan die Multikulturalität jener Metropole und die historischen Umbrüche, die Deportation der Juden in Arbeitslager; sein Vater verstirbt in Transnistrien an Typhus, seine Mutter wird ermordet und er selbst überlebt die Zeit als Zwangsarbeiter im Straßenbau wo er nach dem August 1944 befreit, zunächst nach Czernowitz zurückkehrt, um dann in Bukarest, Wien und schließlich 1948 in Paris als Übersetzer und Lektor zu arbeiten.
Mit Ingeborg Bachmann verbindet ihn eine Liebesbeziehung, 1952 heiratet er Gisèle Lestrange. Im Mai 1952 auf der Tagung der Gruppe 47 in Niendorf trägt Celan sein Gedicht "Todesfuge" vor. 1960 ist Celan verstärkt schweren Plagiatsvorwürfe von Claire Goll, der Witwe des jüdischen Dichters Yvan Goll ausgesetzt. Am 24.7.1967 begegnet Celan Martin Heidegger in Freiburg – der Gedankenaustausch über Hölderlin verbindet sie – und sie unternehmen einen Ausflug zur Hütte in Todtnauberg.
Die letzten Lebensjahre Celans sind durch mehrere Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken geprägt. Bis heute ungeklärt sind seine Todesumstände, vermutlich stürzte er sich am Pont Mirabeau in Paris am 20.4.1970 in die Seine. Beigesetzt wurde er am 12.5.1970 auf dem Cimetière parisien de Thiais im Département Val-de-Marne.

**Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten**
Teil 9
Die deutschen Kolonisten konnten allerdings mit dem revolutionär verbrämten Begriff der *Kommune* wenig anfangen. Zudem gehörten die per Dekret zusammengewürfelten Kolonien administrativ zu den Gouvernements Saratow und Samara; „eine territoriale Abgrenzung fehlte“ (Dalos, S. 94).
Den lokalen russischen Sowjets war die deutsche Autonomie seit Anbeginn ein Dorn im Auge. Die üblichen historischen Ressentiments gegen die »inneren Deutschen« spielten eine gewisse Rolle,

> *„aber die hauptsächlichen Schwierigkeiten bestanden in der mangelnden ökonomischen Fundierung des Autonomieprojekts. Die rund 400 000 Deutschen bewohnten mehr oder weniger kompakt ein vorwiegend agrarisch geprägtes Gebiet von 30.000 Quadratkilometer, bestehend aus Dörfern und Kleinstädten, ohne direkte Eisenbahn- oder Schiffsverbindungen in benachbarte Gebiete“ (Dalos, S. 94)*

Hinzu kam, daß an den Rändern des Autonomiegebietes noch zahlreiche Exklaven bestanden und vor allem war *die* Kommune nicht eindeutig ethnisch oder territorial abgegrenzt. Dieses Manko „versuchte man später [ . . . ] durch Grenzbegradigungen, Umverteilung von Land und die formale Verleihung des Autonomiestatus“ zu heilen. Die deutsche Selbstverwaltung verblieb den gesamten Zeitraum ihrer Existenz über in einer sprachlichen, geographischen, aber auch politischen Isolation.
Trotz oder gerade wegen dieser Insellage blieb die Gründung und Organisation des deutschen »Oblast« für die Sowjetführer *Chefsache*. Dauernd kümmerten sich *drei* Volkskommissariate um die Region: „das für Nationalitätenfragen (in sowjetisch-orwellscher Abkürzung Narkomnats), das für Nahrungsmittel (Norkomprod) und das für innere Angelegenheiten (NKDW).“
Das NKDW sandte im Frühjahr 1919 den »Instruktor und Revisor« G. Berg nach Saratow; dessen Abschlußbericht entnehmen wir:

> *»Die Oblast der Deutschen am Wolgagebiet riecht nach Konterrevolution, die Bevölkerung besteht mehrheitlich aus Kulaken, Tagelöhner gibt es wenig, fast keine, von Arbeitern gar nicht zu sprechen. Selbst wenn es doch einige Arbeiter gibt, so sind diese eingeschüchtert, von ihrem fanatischen katholischen Glauben verblendet. Sie mussten früher nicht die Belastungen und Unannehmlichkeiten wie der russische Bauer erleiden. Außerdem sitzen in allen Exekutivkomitees mehrheitlich Söhne von Kulaken, Lehrer, die es bereits fertigbrachten, Parteibücher zu erwerben. Ein Jahr zuvor dienten dieselben Personen in der Landverwaltung, agitierten gegen die Sowjetmacht und organisierten sogar Banden zum Sturz der Sowjetmacht«*

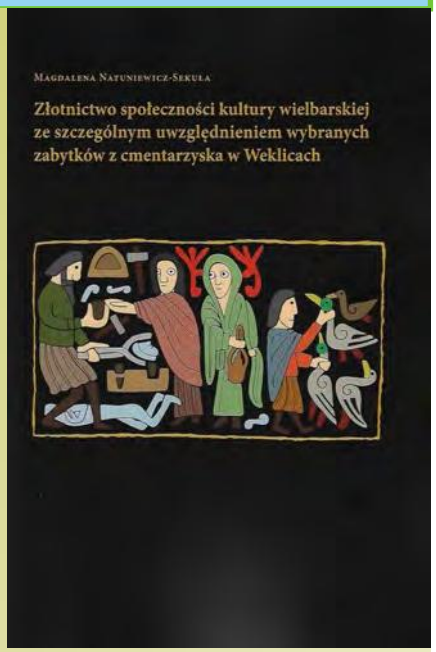
Noch wesentlicher: Der NKDW-Mann wirft den Deutschen vor, »ihre besondere, eigene Republik zu schaffen, auf niemanden und nichts Rücksicht nehmend« (Dalos, S. 95); dieses z. T. falsche Bild trug maßgeblich zur *klischeehaften* Vorstellung der Sowjets über die inneren Deutschen bei.

*(Fortsetzung folgt)*

*Herbert Karl*

# Identität

**Polnische Anerkennung für altostdeutsches Kunsthandwerk**




Ostgermanische Goldschmiedearbeiten standen jenen der Römer zumindest in nichts nach und sind denen der Gegenwart deutlich überlegen. Zu dieser anerkennenden Beurteilung gelangte die Archäologin Magdalena Natuniewicz-Sekuła vom Institut für Archäologie und Ethnologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau im Rahmen einer Untersuchung, in der sie die Ergebnisse einer mehrjährigen Ausgrabungskampagne ihres Hauses zusammenfasste: *„Złotnictwo społeczności kultury wielbarskiej ze szczególnym uwzględnieniem wybranych zabytków z cmentarzyska w Weklicach“* (Goldschmiedearbeiten der Bevölkerung der Willenberg-Kultur unter besonderer Berücksichtigung ausgewählter Stücke des Friedhofs von Wöklitz, Warschau 2020: PAN).
Ihre Einschätzung äußerte die Forscherin in gleicher Weise auch gegenüber polnischen Medien, um so einerseits für einen Kauf ihres sich an eine breite Leserschaft richtenden Werkes zu werben und andererseits gerade auch die Nicht-Archäologen unter ihren Landsleuten über Sachverhalte aufzuklären, anhand derer diese ihre bisherige wohl zumeist nationalistisch verformte Sicht auf die Vergangenheit ohne Frage in vielen Fällen stark überdenken müßten.

Die Arbeit widmet sich umfangreichen Inventaren gotischer Gräber aus einem Friedhof bei Wöklitz, einem ehemals deutschen Dorf im westpreußischen Kreis Elbing, dessen Gebiet nach dem Ersten Weltkrieg nicht von Polen annektiert, sondern an die großteils beim Deutschen Reich verbliebene Nachbarprovinz Ostpreußen angegliedert wurde. Die von Natuniewicz-Sekuła und ihren Kollegen ausgegrabene Stätte datiert ins erste bis vierte Jahrhundert nach Christus und gehört gemäß der neueren polnischen Fachterminologie zur sog. „Wielbark-Kultur“, die nach ihrem ersten bereits 1875 von deutschen Archäologen beschriebenen Fundort in Westpreußen benannt ist und auf Deutsch eigentlich korrekt Willenberg- bzw. Braunswalde-Willenberg-Kultur heißt.

Seit den 1970er Jahren wird sie auch von polnischen Archäologen zunehmend klar mit dem germanischen Volk der Goten assoziiert, während man sich bis dahin in einer slawo- bzw. polnisch-nationalistischen Verdrehung nicht nur der jüngeren, sondern selbst der Vorgeschichte versuchte – eine unselige Tradition, die auch heute leider noch nicht ganz erloschen ist. Unter den Grabbeigaben fanden sich praktisch keine Waffen, dafür aber über 3.500 äußerst filigrane Schmuckstücke aus Edelmetallen sowie dem für den preußischen Raum kennzeichnenden Bernstein, Eisen, Kupfer, Glas und anderen Materialien.

Die überwiegend aus Armreifen und Haarspangen bestehenden Silberfunde übertreffen in ihrer Reinheit den gegenwärtigen Silberschmuck bei weitem: Im Vergleich zum heute zumeist üblichen Sterlingsilber mit seinem Feingehalt von 925/1000 erreichte das gotische Silber Werte von beachtlichen 970 bis 990. Auch die Goldobjekte beeindruckten Natuniewicz-Sekuła, allerdings weniger durch ihren Feingehalt als durch die bei ihrer Herstellung verwendeten hochentwickelten Techniken, zu denen unter anderem Granulation, Filigranierung und Feuervergoldung gehörten: Technisch kämen sie allemal den besten Erzeugnissen des Römischen Reichs gleich, ließ die polnische Forscherin ihre eigenen und die Zeitungsleser wissen. Schmuckobjekte solcher Feingehalte und von derartiger Raffinesse wären für den heutigen Marktbedarf nach ihrer Einschätzung schlichtweg zu teuer und würden deshalb auch nicht mehr produziert.

Woher die Goten ihr Rohsilber bezogen, bleibt indes unklar: Römische Silbermünzen oder exportiertes römisches Tafelsilber hätten keinen solchen Reinheitsgrad besessen, und der Export von besserem Barrensilber ins eben nur vermeintliche „Barbaricum“ war im Römischen Reich weithin verboten.

Viele Fragen zu den offenbar nur für den regionalen Bedarf arbeitenden gotischen Goldschmieden sind auch deshalb nicht zu beantworten, da ihre Werkstätten bislang nie gefunden wurden. Das nach neuerer Kenntnis im Bereich Hinterpommerns und Westpreußens entstandene Volk der Goten – früher hatte man aufgrund mythologischer Erzählungen angenommen, sie seien ursprünglich aus Skandinavien eingewandert – wie auch die anderen eng mit ihnen verwandten und zunächst im historischen Ostdeutschland sowie den hieran angrenzenden Gebieten siedelnden ostgermanischen Stämme zählen auf vielfältige Weise zu den Vorfahren insbesondere der heutigen Deutschen, haben aber auch in zahlreichen anderen Völkern ihr Erbe hinterlassen, darunter den Polen.

Da die Erforschung dieser inzwischen auch östlich der Oder in ihrer ethnischen Verortung weithin akzeptierten faktisch „altostdeutschen“ Völker zur Zeit auf ein reges Interesse seitens der polnischen Archäologen stößt, werden sich einige der mit ihnen verbundenen offenen Fragen zur Geschichte der ostmitteleuropäischen Frühzeit vielleicht schon bald beantworten lassen…

*Thomas W. Wyrwoll*
*(Rechtes Foto. D. Nachyła)*

**Sprechen wir über Preußen – der Evangelische Kirchenbauverein**

Wer von Preußen spricht, denkt oft – auch wenn einem viele Namen bedeutender Persönlichkeiten einfallen – ich nenne beispielhaft: Arndt, Achim, Blücher, Clausewitz, Fontane, Gneisenau, Hardenberg, Herder, Humboldt, Kant, Kleist, Moltke, Mommsen, Rauch, Sauerbruch, Schadow, Schinkel, Schulenburg, Stein, Virchow –, an Kaiser Wilhelm I. und an die Gründung des Deutschen Reichs im Januar 1871. 2021 jährt sich die Reichsgründung zum 150. Mal.

Für Frank-Walter Steinmeier, seines Zeichens Bundespräsident von Angela Merkels Gnaden, war dies Anlass für eine Geschichtsstunde der ihm eigenen Art: „Einen ungetrübten Blick auf das Kaiserreich vorbei am Völkermord, an zwei Weltkriegen und einer von ihren Feinden zerstörten Republik, gibt es nicht. Es kann ihn nicht geben“, sagte er bei einer Gesprächsrunde mit Historikern zum 150. Jahrestag der Reichsgründung. „Wir Deutschen stehen dem Kaiserreich heute so beziehungslos gegenüber, wie den Denkmalen und Statuen aus dieser Epoche. Es scheint eine stumm gewordene Kulisse zu sein, die den meisten nichts mehr sagt.“ Der Journalist Marco F. Gallina kommentierte dies am 14. Januar 2021 in der Jungen Freiheit so: „Es ist nicht ohne Ironie, wenn das Oberhaupt eines föderalen Staates, dessen sozialpolitische Vorstellungen allesamt aus dem späten 19. Jahrhundert stammen, in der preußischen Hauptstadt sitzt und das Preußenreich zur Antithese stilisiert, aus der man lernt, aber dann doch nur im Hinblick auf die negativen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts. Dabei ist sogar die Parteigeschichte der Sozialdemokraten, die sich in vielen Facetten von anderen sozialistischen Parteien in Europa abhebt, ohne das Zweite Reich in dieser Form undenkbar.“

Steinmeier zeigt, dass seine Redenschreiber grenzenlos ungebildet sind … und er selbst völlig gleichgültig gegenüber der deutschen Geschichte. So gleichgültig, wie man nur sein kann, wenn man an die eigene moralische Überlegenheit glaubt. Als ob Ludwig Thoma Frank-Walter Steinmeier schon gekannt hätte: „Der königliche Landgerichtsrat Alois Eschenberger war ein guter Jurist und auch sonst von mäßigem Verstande.“

Ein Kommentator des Gallina-Artikels namens Thomas M. schreibt: „Vor allem aber ist er (Frank-Walter Steinmeier) in Hass auf Deutschland zerfressen, das er allein auf die Jahre zwischen 1933 und 1945 reduziert. Es wäre Perlen vor die Säue werfen, wollte man ihm erklären, dass Deutschland entstanden ist nach einem Krieg über Frankreich, den Frankreich begonnen hatte. Es wäre müßig ihn zu fragen, warum denn ausgerechnet Deutschland im 19. Jahrhundert kein Recht auf Nationalstaatlichkeit (gehabt) haben sollte. Es wäre hoffnungslos, ihm zu erklären, welche Freiheiten im Gegensatz zu vielen anderen Staaten das Deutsche Reich ab 1871 gewährte und welche kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Blüte nach 1871 erfolgte“.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Oder doch? Von einem Teilaspekt der kulturellen Blüte möchten wir heute berichten. Von Preußen und den Kirchen nämlich.

Während der Regentschaft von Wilhelm I. wurde zwischen 1878 und 1890 durch das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie im Deutschen Reich Repressalien unterworfen. Wilhelm II., der Enkel Wilhelms I., unternahm ab 1888 den Versuch, die Sozialdemokratie durch eine Rückbesinnung auf traditionelle evangelisch-religiöse Werte zu stoppen. Im Mai 1888 wurde daher der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein gegründet, in dem, neben den preußischen Provinzen, Ernst von Mirbach, der Oberhofmeister der Kronprinzessin Auguste Victoria, als deren Vertreter saß. Auguste Victoria, die Gemahlin Wilhelms II, hatte am 4. Mai 1888 von ihrem Schwiegervater Kaiser Friedrich das Protektorat über den Verein erhalten. Das starke Engagement der Kaiserin für den evangelischen Kirchenbau trug ihr im Volksmund den Namen „Kirchenjuste“ ein.

1890 entstand aus der Kirchenbau-Kommission des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins der „Evangelische Kirchenbauverein“. Dieser ließ 1884 – 1908 allein im damaligen Berlin 38 Kirchenbauten errichten, doch viele weitere auch außerhalb, drei davon im heutigen Israel. In Ostpreußen wurden 12 aus einem „Jubiläumsfonds“ zum 200. Jahrestag der Krönung des Kurfürsten (1901) erbaut. Der Erfolg des Vereins war, neben der Autorität des Kaisers, wesentlich durch die Geldsammlungen von Mirbachs sowie der beiden Vereinsvorsitzenden von Levetzow und von Ziethen-Schwerin bestimmt. Bis 1912 wurden etwa 12 Millionen Mark gesammelt. 1918 brach die Vereinstätigkeit ab und endete völlig 1930. Bis dahin waren etwa 70 Kirchen errichtet worden (Quelle: Wikipedia).

In der Eifel gibt es ein „Mirbach“. In Mirbach war im Mittelalter ein Rittergeschlecht ansässig, dessen Name sich von diesem Ort ableitet. Die Mirbacher Familiengüter wurden gegen Ende des 16. Jahrhunderts zwar veräußert, doch im ritter- und mittelalterbegeisterten 19. Jahrhundert erinnerten sich die damals lebenden Vertreter des Geschlechts an ihren Herkunftsort und besuchten ihn hin und wieder. So konnte gegen Mitte des Jahrhunderts auch der sich damals im Knabenalter befindliche Ernst Freiherr von Mirbach (1844 – 1925) den ehemaligen Sitz seiner Ahnen kennenlernen. Enttäuscht, dass es sich hier außer der fast schon baufälligen kleinen Kirche und einem ruinierten „festen Haus“, der angenommenen Stammburg derer von Mirbach, nur wenige Spuren der (erwarteten) glorreichen Vergangenheit seiner Vorfahren finden ließ, beschloss er bereits zu diesem Zeitpunkt, diesen Zustand zu ändern.

Jahrzehnte später, nachdem er zum Oberhofmeister der Kaiserin aufgestiegen ist, konnte er sein Vorhaben umsetzen und die kläglichen Überreste des mittelalterlichen Baus zu einer stattlichen Kunstruine ausbauen, wobei Spolien diverser mittelalterlicher und sogar römischer Bauten Verwendung fanden. So entstand – wohl das letzte Mal überhaupt – eine künstliche Burgruine in der Tradition der englischen Gärten der Romantik (zu den bekanntesten Bauten dieser Art in Deutschland gehörte nicht zuletzt das unter Friedrich Wilhelm II. errichtete Schloss auf der Pfaueninsel bei Berlin; dort wurde auch später in dem Schinkelschen Kavaliershaus die Fassade des Danziger Schlieffhauses als Spolie verbaut). Der Erbauer folgte dem Trend seiner Zeit, bewusst die Traditionen der eigenen Geschichte, nicht zuletzt auch als politische Manifestation nach der lange ersehnten und 1871 wiedererlangten nationalen Einheit, zu pflegen und zu beschwören.
*(Fortsetzung Seite 9)*

*(Fortsetzung von S. 8)*

Als die Burgruine 1902 soweit hergerichtet wurde, widmete sich von Mirbach der Dorfkirche. Da sie sich für den Wiederaufbau kaum eignete, beschloss man einen Neubau. Obwohl die kleine Eifelgemeinde ausschließlich katholische Einwohner hatte, stützte der Kirchenbauverein das Vorhaben nach Kräften, und so entstand eine katholische Dorfkirche dank der Initiative evangelischer Patrone und einer einflussreichen evangelischen Organisation. Für das Vorhaben konnten die besten für den Verein und für die kaiserliche Familie tätigen Künstler gewonnen werden. Die Kirche wurde in dem von Wilhelm II. bevorzugten neuromanischen Stil, der an die mittelalterliche Architektur des Rheinlands anknüpfte, errichtet und erhielt eine überaus reiche Ausstattung.

Der Entwurf stammte vom Berliner Architekten Max von Spitta, der leider die Vollendung seines Eifeler Werks nicht erlebte. Die Baumaßnahmen wurden vom Lieblingsarchitekten des Kaisers, dem aus Köln stammenden Franz Schwechten fortgesetzt, der vor allem für die innere Ausgestaltung verantwortlich zeichnete. Zu den zahlreichen von Franz Schwechten entworfenen Bauten gehörten nicht zuletzt die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und der Anhalter Bahnhof zu Berlin, der Kaiserbrunnen in Konstantinopel, die Kölner Hohenzollernbrücke sowie das Kaiserschloss in Posen.

Im Inneren der Mirbacher Kirche beeindrucken vor allem die Mosaiken, die die Seitenwände des Schiffs, das Vierungsgewölbe und die Apsis kleiden und nach Vorbild spätantiker Kunst gestaltet wurden. Diese qualitätsvollen Arbeiten entstanden nach einem Entwurf des renommierten Malers August Oetken (1868 – 1951) und wurden durch die Berliner Firma Puhl & Wagner hergestellt, deren Verdienst es war, in Deutschland die Mosaikkunst neu einzuführen und zu beleben. Auch die Löwenkanzel und der Hochaltar (gestiftet vom Kaiserpaar) wurden sehr aufwendig aus kostbaren Materialien gefertigt.

So verwendete man beispielsweise als Einlagen des Kanzelkorbes Platten aus Cipollino-Marmor, die beim Bau der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche übriggeblieben waren. Der mächtige Löwe, der die Kanzel trägt, spielt wohl auf die in der romanischen Kunst (besonders in der Stauferzeit) häufig anzutreffenden steinernen Löwenfiguren an (Löwenportal in Königslutter, königlicher Palast in Palermo). Der Altar zeigt sich nicht minder prachtvoll: Neben Säulen aus Cipollino-Marmor kamen hier zahlreiche Mosaik-Einlagen zur Anwendung. Eine Erwähnung verdienen sicherlich auch die Glasfenster, am besten erhalten ist das große, ebenfalls vom Kaiserpaar gestiftete Rosenfenster in der Westwand mit kaiserlichen Wappen in der Mitte und den Wappen der Eifeler Landesherren in der äußeren Zone. Die Kapelle wurde am 25. September 1903 eingeweiht.

Zehn Jahre nach Mirbach entstand in Gerolstein ebenfalls eine Erlöserkirche (1912 – 1913). Dieser Bau sollte den in der katholischen Diaspora der Eifel lebenden Christen evangelischen Glaubens dienen und wurde besonders prächtig ausgestattet. Das Patronat führte das Kaiserpaar, das das Unterfangen in nicht unwesentlichem Maße finanziell stützte und auch zur Einweihung am 15. Oktober 1913 persönlich und mit großem Gefolge erschien. Die Architektur nach dem Entwurf von Franz Schwechten kombiniert rheinische Romanik (außen) und den byzantinischen Stil (innen). Die Ikonographie des Innenraums verherrlicht das deutsche Kaisertum und die Stifter – so begrüßen in der Vorhalle Kaiser Wilhelm II. und Kaiserin Auguste-Viktoria die Besucher, während sich in der Kuppel Bildnisse anderer bedeutender Herrscher finden: Pippin, Karl der Große, Friedrich Barbarossa, Wilhelm I. Die Stifter wurden in den Seitenarmen mit ihren Wappen geehrt.

Neben den Kaisern finden sich im Kuppelgewölbe auch die Religionsgründer Bonifatius, Willibrord, Luther und Melanchton wieder. In den Seitenkapellen am Chor zeigen Bilder die wichtigen Bauten des Heiligen Landes, die Geburtskirche in Bethlehem sowie die Grabeskirche zu Jerusalem. Daneben verweist ein weiteres Bild auch auf den unter großem Engagement des Kaiserpaares 1893 – 1898 errichteten Prestigebau des Evangelischen Kirchenbauvereins, die Jerusalemer Erlöserkirche. Die großartige Architektur der Gerolsteiner Kirche mit ihrer zentralen Kuppel ist fast vollständig mit kostbaren Mosaiken ausgelegt, wie sie in dieser Fülle nur selten in Deutschland zu finden sind. Sie sind ein Werk derselben Berliner Firma Puhl & Wagner, die bereits die Mosaiken für die Mirbacher Kirche angefertigt hatte. Die Mosaikbilder entwarf der Hannoveraner Historienmaler Hermann Schaper, zu dessen Werken die Neugestaltung des Aachener Münsters (ebenfalls Mosaiken) sowie nicht zuletzt die Wandgemälde mit Szenen aus der Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen im Großen Remter der Marienburg zählen. In allen Details der Gerolsteiner Erlöserkirche zeigt sich ihre besondere Stellung unter den Bauten jener Zeit – man beabsichtigte offenbar, den Stiftern alter Zeit gleich zu tun, und ein Meisterwerk zu schaffen, in dem alle plastischen Künste eine Harmonie des Ganzen erreichen. Dies scheint – gemäß den ästhetischen Vorstellungen der Zeit – auf beeindruckende Weise gelungen. Es ist ein großer Genuss, all die Details zu betrachten – ob fein im Stein gearbeitete Säulenkapitelle, die Bronzetür des Hauptportals, oder in unzähligen Farbtönen schimmernde Friese der Mosaikbilder.

Kehren wir zu Wikipedia und einer nicht vollständigen Auflistung der Kirchenbauten des Evangelischen Kirchenbauvereins zurück. Errichtet wurden unter anderem die

Erlöserkirche (Berlin-Rummelsburg) (1890 – 1892)
Gnadenkirche (Berlin-Mitte) (1890)
Versöhnungskirche (Berlin-Mitte) (1892, in der DDR gesprengt)
Immanuelkirche (Berlin) (1893)
Emmauskirche (Berlin) (1893)
Kirche Zum Guten Hirten (Berlin-Friedenau) (1893)
Lutherkirche (Berlin-Schöneberg) (1891)
Himmelfahrtkirche (Berlin-Gesundbrunnen) (1893; 1945 zerstört)
Samariterkirche (Berlin) (1894)
Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche in Berlin-Tiergarten
Gethsemanekirche (Berlin) (1893)
Pfingstkirche in Potsdam (1894)
Apostel-Paulus-Kirche (Berlin-Schöneberg) (1894)
Heilandskirche (Berlin) (1894)
Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin (1891 – 1895)
Neue Nazarethkirche in Berlin-Wedding (1895)
Königin-Elisabeth-Kinderhospital Berlin
Erlöserkirche (Jerusalem) (Einweihung 1898)
Weihnachtskirche in Betlehem
Himmelfahrtskirche in Jerusalem (fertiggestellt 1914)
Erlöserkirche (Gerolstein) (1913)
Erlöser-Kapelle in Mirbach (1902)
Kapernaum-Kirche in Berlin-Wedding (1902)
Taborkirche (Berlin-Kreuzberg) (1905)
Erlöserkirche (Bad Homburg) (ca. 1908)

Ich komme auf den Satz von Frank-Walter Steinmeier zurück: „Wir Deutschen stehen dem Kaiserreich heute so beziehungslos gegenüber, wie den Denkmalen und Statuen aus dieser Epoche. Es scheint eine stumm gewordene Kulisse zu sein, die den meisten nichts mehr sagt.“ Wem dieses Vermächtnis Preußens nichts mehr sagt, wem diese kulturelle Hinterlassenschaft nichts mehr sagt, der ist, und daran gibt es keinen Zweifel, ein vaterlandsloser Geselle.

*W. B.*

# VAdM: Nachrichten und Vermischtes

**Die „Blaue-Reihe“: Das Wiederaufbauprogramm in Insterburg/Ostpreußen**

Neben einem wahren Bauboom der Bauhaus-Reihe in Königsberg entwickelte sich in Insterburg/Ostpreußen ein „Bunte-Reihe“ genannter Baustil.

**Warum gerade Insterburg?**
Der letzte Preussen Kurier von Weihnacht 2020 gibt uns hierauf eine Antwort:

*„Die Provinz war damals durch den russischen Einfall im Ersten Weltkrieg verwüste worden und ein großes Wiederaufbauprogramm zur Wiederherstellung von Infrastruktur und Wohnraum war ins Leben gerufen worden. Ein junger Architekt, der später Weltruhm erlangen sollte, schuf mit einer Wohnsiedlung sein Erstlingswerk . . . Es handelt sich um* ***Hans Scharoun****, der Jahrzehnte später die Berliner Philharmonie schuf.“*

Das Zitat und die Bilder wurde der Weihnachts-Ausgabe 2020 (S. 35f.) entnommen.
*Herbert Karl*

*Bunte Reihe in Insterburg, Frontgebäude*

*Bunte Reihe in Insterburg, Reihenhäuser*

*Bunte Reihe in Insterburg; links: Detail / rechts: die Handschrift Scharouns – im Erstlingswerk in Insterburg/Ostpr.*

## HOH(L)SPIEGEL:

„Für mich ist das Thema Aussiedler der Hauptpunkt und da gibt es nach Helmut Kohl keinen anderen Politiker der wirklich was für uns übrig hat“
*Schrieb uns G.O. aus Stuttgart*

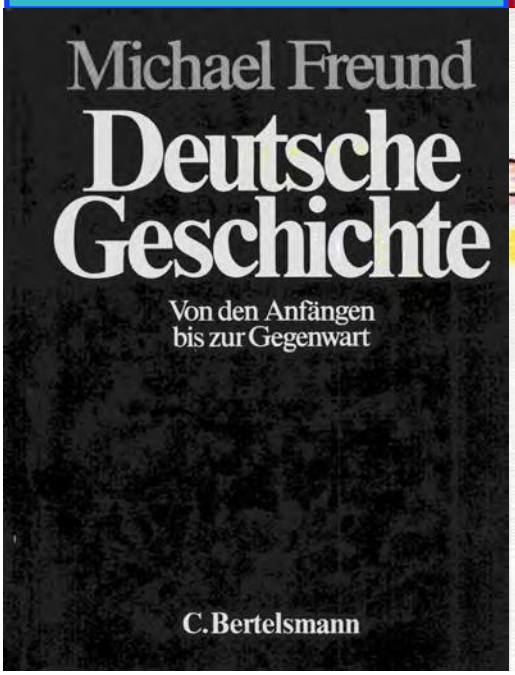
**Bildnachweis:**

*Die Grafik von Seite 2:* ojim.fr/*Unser Mitteleuropa.*

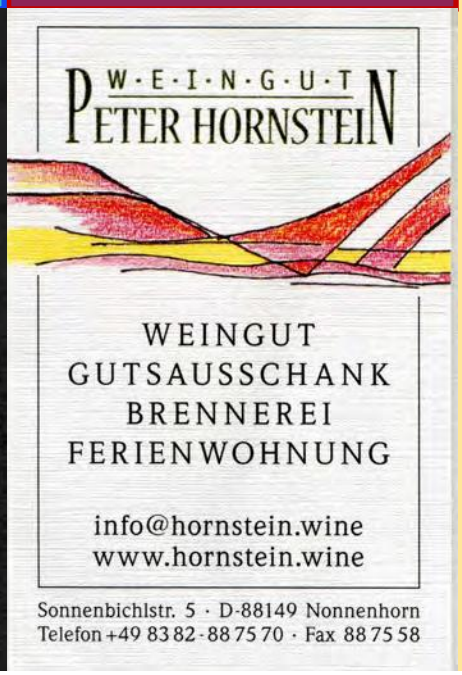
*Alle weiteren Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.*

*Red./HK*

## Buchempfehlung




## Weinempfehlung




***Impressum***

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
**www.vadm-afd.de**

E-Mail:
**kontakt@vadm-afd.de**